

Die Aufgabe der Jugend(verbands)arbeit im Umgang mit rechten Krisendeutungen

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen zunehmend auch bei jungen Menschen Anklang finden. Die Trendstudie Jugend in Deutschland 2024 attestierte der AfD mit 22 Prozent Zustimmung die beliebteste Partei bei den 14- bis 29-Jährigen, vor zwei Jahren lag sie noch bei 9 Prozent. Und auch in der Europawahl lässt sich dieser Trend ablesen, denn laut Infratest Dimap lag die AfD bei den 16- bis 24-Jährigen nur einen Prozentpunkt hinter der Union, laut Forschungsgruppe Wahlen lagen beide Parteien sogar gleichauf. Nicht nur in Ostdeutschland, auch bei den Landtagswahlen 2023 erreichte sie in Bayern 16 Prozent und in Hessen 18 Prozent der Stimmen unter den 18- bis 24-Jährigen. Noch deutlicher zeigt sich die Entwicklung in unserer U18-Wahl. Neben den Gewinnen in ostdeutschen Bundesländern hat sich auch bundesweit das Ergebnis der AfD in nur fünf Jahren verdoppelt.

Eine Mehrheit der jungen Menschen wählt demokratisch. Dies haben wir als DBJR in den Ergebnissen der U18-Wahl auf Bundesebene auch betont.[1] Trotzdem wurde in vielen Regionen die AfD die stärkste Kraft in dieser Wahl. Dieser Wahrheit müssen wir ins Auge sehen.

Schon jetzt sind an vielen Orten wachsende Strukturen rechtspopulistischer und rechtsextremer Jugendgruppen und -cliquen zu beobachten, die versuchen, durch Freizeitangebote, Musik oder soziale Medien Anschluss an jugendliche Lebenswelten zu gewinnen und den schulischen Raum zu dominieren.

Dies sind keine abstrakten Entwicklungen oder Gefahren, stattdessen manifestiert sich schon längst in Form von offener Gewalt gegen und konkreten Angriffen auf unsere Strukturen. Angriffe auf Jugendclubs der Falken in NRW und Brandenburg, Übergriffe auf kirchliche Jugendverbände wie zuletzt die KJG in Essen oder der Brandanschlag auf das Projekt "solirADisch" in Magdeburg des Landesjugendwerks der AWO Sachsen-Anhalt sind nur Beispiele und zeigen eine dramatische Gewaltbereitschaft. Diese Angriffe richten sich unmittelbar gegen die Jugendverbände und Landesjugendringe sowie ihre Mitglieder, die ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft bilden.

Diese Entwicklung ist für eine offene Gesellschaft und insbesondere für die Jugendverbände und -ringe eine zentrale Herausforderung. Jugendverbandsarbeit [2] und offene Kinder- und Jugendarbeit[3] stehen zunehmend vor der Aufgabe, mit Jugendlichen zu arbeiten, die für rechtspopulistische und rechtsextreme Ideologien empfänglich oder bereits Teil entsprechender Kreise sind. Eine reine Abschottung reicht nicht aus. Es braucht viel mehr eine aufgeklärte politische Perspektive, um politische Bildung gestalten und pädagogische Konzepte entwickeln zu können, die dieser Entwicklung angemessen begegnen. Dafür starten wir als DBJR gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen einen Prozess, der unsere Analysen zusammenführen und Praktiken qualifizieren soll.

Wir sehen die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftskrisen, dem schwindenden Vertrauen in die Erzählung des "Aufstiegs durch Leistung", antidemokratischen Strömungen und sozialer Ungleichheit. Diese Faktoren formen die Lebenswelt junger Menschen. Diese komplexe Situation verlangt nach differenzierten Lösungsansätzen.

Daher prüfen wir, wie wir Schutzräume sichern und zugleich konfliktfähige Auseinandersetzung ermöglichen; wie wir mit Jugendlichen, die empfänglich für rechtspopulistische und rechtsextreme Ideologien sind, in Orientierung an die Distanzarbeit [4] einen Umgang finden können - und dies ohne unsere Grundsätze zu relativieren; wie wir sozialräumliche Ungleichheiten politisch begleiten, bei Möglichkeit ausgleichen können und wie wir verhindern, dass „Brandmauer“-Rhetorik inhaltlich nach rechts kippt.

Jetzt müssen wir beginnen, uns tiefergehend damit auseinanderzusetzen. Deshalb fordern wir:

1. Stärkung der sozialen Infrastruktur und öffentlichen Daseinsvorsorge

Der DBJR fordert Bund, Länder und Kommunen auf, den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen sicherzustellen. Dazu gehören insbesondere Mobilität, Gesundheit, Bildung sowie Kinder- und Jugendarbeit.

Inklusive Freiräume für junge Menschen: Konkrete Freiräume für junge Menschen sind Grundvoraussetzung non-formaler Bildung und demokratischer Teilhabe. Es braucht in jedem Dorf und jedem Stadtteil einen barrierefrei zugänglichen Raum für junge Menschen, der gewaltfreien Diskurs ermöglicht und bedarfsgerecht finanziert wird. Dazu gehören bezahlbare Vereins- und Veranstaltungsräume, konsumfreie Aufenthaltsorte auch in der Innenstadt sowie bedarfsgerechte Öffnungszeiten von Angeboten, die echte freie Zeit ermöglichen. Teil davon ist, dass mögliche Konflikte um und in diesen Räumen mit jungen Menschen partizipativ ausgehandelt statt repressiv sanktioniert werden. Freiräume heißt nicht, junge Menschen alleine lassen. "Die gleichberechtigte Teilhabe ist gerade in der Kinder und Jugendphase von besonderer Bedeutung [...]. Im gemeinsamen Erleben wird frühzeitig ein Verständnis für Vielfalt entwickelt"[5].

Bundesstützen für schwache Regionen: Der DBJR fordert, dass die Bundesregierung gezielt regionale Programme auflegt, um Jugendverbände in ländlichen oder strukturschwachen Regionen zu stärken. Diese Programme sollen Innovationsprojekte ermöglichen, die Jugendverbände, Wissenschaft und Sozialplanung miteinander vernetzen. Erfolgreiche Ansätze müssen nach Evaluation und in Abstimmung mit Ländern und Kommunen in dauerhafte Strukturen überführt werden.

Subsidiaritätsprinzip stärken: Der DBJR fordert eine tatsächliche und spürbare bedarfsgerechte und dynamisierte Erhöhung der Mittel im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Zudem soll der Bund die Förderlogik auf eine dauerhafte Grundförderung ausrichten. Die Praxis der Vergabe statt Förderung für Angebote der Jugendarbeit schwächen die Selbstorganisation und müssen zurückgeführt werden. Staatliche Parallelstrukturen sind zu vermeiden[6].

Mobilität als Daseinsvorsorge: Um Teilhabe aller jungen Menschen an der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern, fordert der DBJR eine jugendgerechte Verkehrswende: die langfristige Schaffung eines Entgeltlosen ÖPNVS und die kurzfristige Einführung eines bundesweiten Jugendtickets zum Preis unter einem Euro pro Tag, Taktverdichtung insbesondere zu Tagesrandzeiten und in ländlichen Räumen, Mobilitätsbudgets für Jugendverbände sowie kostenfreien Nah- und Fernverkehr für Freiwilligendienstleistende[7].

2. Pädagogische Leitlinien, Monitoring und Kooperation mit Schule

Der DBJR bekennt sich zu einer Pädagogik, die Schutzräume für alle jungen Menschen schafft und zugleich eine konfliktfähige Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Einstellungen ermöglicht.

Datenbasiert handeln: Der DBJR regt Politik und Wissenschaft dazu an, Datenerhebungen wie die Ländermonitore und qualitative Studien wie z.B. die 'Leipziger Autoritarismus Studie' weiter zu finanzieren und miteinander zu vernetzen, um sozialpolitische relevante Erkenntnisse zu autoritären Einstellungen und rechtsextreme Dynamiken unter Jugendlichen zu gewinnen. Auf Basis dieser Daten können gezielte Interventionstrategien und Modellprojekte entwickelt werden.

Jugendverträglichkeitsprüfung bei Gesetzen: Bei allen Gesetzesvorhaben muss geprüft werden, wie sie sich auf junge Menschen, die Jugendverbandsarbeit und non-formale Bildung auswirken. Negative Folgen sind abzumildern. Junge Menschen müssen selbst die Möglichkeit haben, die Relevanz und die Auswirkungen eines Gesetzes zu bewerten.

Kooperation mit Schule: Wir fordern, dass Jugendverbände als gleichberechtigter und eigenständiger Kooperationspartner in schulische Bildung einbezogen werden. Dazu gehören die Schaffung curricularer Anknüpfungspunkte für politische Bildung, Module zur Auseinandersetzung mit autoritären Dynamiken sowie Fortbildungen für Lehrkräfte[8].

3. Qualifizierung und Unterstützung des Ehrenamts

Juleica-Module: Der DBJR fragt bei seinen Mitgliedsverbänden nach bereits entwickelten Modulen für die Juleica-Ausbildung, die politische Bildung und Distanzierungsarbeit [9] mit rechtsaffinen jungen Menschen systematisch integrieren und die allen zur Verfügung gestellt werden können.

Es reicht nicht nur Haltung, es braucht Analyse: Der DBJR prüft, inwiefern in der kommenden Arbeitsperiode des Vorstandes eine digitale Veranstaltungsreihe in Kooperation mit Jugendverbänden umsetzbar ist. Ziel sollte sein, politische Bildung zu stärken und eine analytische Auseinandersetzung mit zentralen gesellschaftlichen Entwicklungen zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Prüfung und einer möglichen Veranstaltungsreihe werden systematisch dokumentiert und im Hauptausschuss ausgewertet.

Da diese Forderungen nur der erste Schritt einer tiefgehenden Auseinandersetzung sind, beauftragen wir den Vorstand, auf Grundlage der oben genannten digitalen Veranstaltungen, Juleica-Schulungen und anderer interaktiver Formate, ein partizipatives Verfahren zu entwickeln, um die notwendigen Folgerungen für die Satzung sowie pädagogische und medienpädagogische Arbeit abzuleiten. Diese Ergebnisse sind aufzubereiten und bei Bedarf als Beschlussvorlagen in die Organe des DBJR einzubringen.

[1] www.dbjr.de/artikel/u18-bundestagswahl-2025-endgueltiges-wahlergebnis

[2] §12 (2) SGB VIII

[3] §13 SGB VIII

[4][9] Distanzierungsarbeit ist die beziehungs- und reflexionsorientierte Intervention zwischen Prävention und Ausstieg. Ziel ist, bei rechtsextrem einstiegsgefährdeten Jugendlichen Distanzierungsmotivation und gewaltablehnende Haltungen aufzubauen und Einstiege in verfestigte Szenen zu verhindern: www.distanz.info

[5] www.dbjr.de/artikel/broschuere-zu-inklusion-in-der-jugendarbeit

[6] www.dbjr.de/artikel/kinder-und-jugendarbeit-staerken-und-weiterentwickeln

[7] www.dbjr.de/artikel/junge-menschen-bewegen-eine-nachhaltige-mobilitaetswende-fuer-alle

[8] www.dbjr.de/artikel/eine-demokratische-gesellschaft-braucht-eine-demokratisierte-schule

Einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen in der Vollversammlung am 25. Oktober 2025 in Dresden.

Das Jugendrotkreuz erklärt lt. § 14 (4) der Satzung des DBJR, dass dieser Beschluss gegen seine Satzung oder Grundsätze verstößt.